

Workshop on the Influence of the State on Economies, Societies and Cultures in Southeast Asia

Singapur, 6.-7. Dezember 1999

Zwischen dem 6. und 7. Dezember fand am Centre for Advanced Studies (National University of Singapore) in Singapur ein Workshop zum Einfluss des Staates auf die Volkswirtschaften, Gesellschaften und Kulturen Südostasiens statt. Der eineinhalbtägige Workshop war gemeinschaftlich organisiert vom Institut für Soziologie der Universität Münster und dem Centre for Advanced Studies, Zuwendungsgeber war die Volkswagen-Stiftung. Die erlesene Diskussionsrunde von etwa 20 Intellektuellen kam hauptsächlich von singapurischen und malaysischen Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Die Idee des Workshops ging auf den auf Südostasien spezialisierten Soziologen Tilman Schiel (Universität Münster) zurück, der einen einleitenden Vortrag über Herangehensweisen zur Analyse des Staates in Südostasien hielt. In diesem Beitrag schlug Prof. Schiel drei Konzepte zur Analyse des Staates vor, die im Laufe des Workshops ständig Verwendung fanden und daher im Folgenden herausgestellt zu werden verdienen.

Erstens erweiterte Tilman Schiel in seinem Vortrag den Anwendungsbereich von Polanyis Begriffspaars "embeddedness" und "disembeddedness" von der Nationalökonomie auf den Staat und dessen Behörden. Auf Südostasien und insbesondere Indonesien und Malaysia angewandt, hatte der Prozess des "disembedding", also der arbeitsteiligen Differenzierung der Geltungs- und Wirkungsbereiche von Wirtschaft und Politik, begonnen, doch waren staatliche Verwaltung und Wirtschaft in einer Weise miteinander verfilzt, die weder die Wirtschaft völlig privat werden ließ noch die Verwaltung wirklich öffentlich machte. Im Zuge dieser mangelnden Trennung, die in Indonesien von Anti-Suharto-Demonstranten auf den Begriff KKN (*korrupsi, kollusi dan nepotisme*) gebracht worden ist, besteht, so das plausible Argument Schiels, auch kein hinreichender Spielraum für eine Bürgergesellschaft.

Zweitens wandte Schiel Zygmunt Baumans Metapher des "gardening state" auf Südostasien an. Der Staat als "Gärtner" domestiziert die "Wildnis" bzw. bekämpft das "Unkraut" der politischen Opposition, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft. Dieser "Gärtner-Staat" sei zu differenzieren von despotischen "strongman"-Staaten in Lateinamerika und Subsahara-Afrika, die nach kleptokratischen Prinzipien regiert werden. Im "Gärtner-Staat" hingegen sei eine meritokratische Elite bestrebt, das Los der gesamten Bevölkerung durch Anwendung rational-wissenschaftlicher Methoden zu verbessern, wenn auch mit undemokratischen Mitteln. Nichtsdestoweniger war sich Schiel des Vorkommens von Kleptokratien auch in Südostasien bewusst, die hervorstechenden Beispiele sind sicherlich die Philippinen unter Ferdinand Marcos und Indonesien in der Suharto-Ära.

Drittens ist Tilman Schiel einer der Vorreiter der Anwendung von Southalls Konzept des segmentären Staates auf hinduistisch-buddhistische Königreiche oder islamisierte Sultanate und hat damit zur Obsoleszenz von Konzeptionen des "orientalischen Despotismus" beigetragen.

Im Vortrag von Eugene Tan Kheng Boon (Department of Political Science, NUS) zur staatlichen Politik in Bezug auf ethnische Minoritäten in Indonesien wurde die These vertreten, dass Indonesien nach der Unabhängigkeit einen "Traumstart" hatte, da die Kreierung der Nationalsprache "Bahasa Indonesia" (bemerkenstürkerweise nicht die Sprache der zahlenstärkersten Ethnie der Javaner) und der Staatsideologie "Pancasila" brillante, einheitsstiftende Manöver gewesen seien. Wissenschaftliche Analysen der Situation der ethnischen Minderheiten seien im Wesentlichen bislang positiv ausgefallen, und so stünde die Sozialwissenschaft angesichts der ethnischen Gewalt gegen Chinesen und christliche Minderheiten vor einem Rätsel. Des Rätsels Lösung besteht, wie sich immer stärker herauskristallisiert, darin, dass die ethnische Gewalt von Staat und Militär instigiert wurde.

Jasmine Chan (ebenfalls NUS) stellte in ihrem Beitrag eingangs die rhetorische Frage, ob Frauen dank ihrer stärkeren "Einbettung" in soziale Beziehungen weniger "entfremdet" seien. In Singapur besteht insofern ein interessantes Spannungsverhältnis, als die Geschlechterpolitik der Regierung eindeutig patriarchalisch ist, gleichzeitig Frauen aber auf dem Arbeitsmarkt dringend benötigt werden - so wirke sich die freie Marktwirtschaft befreiend für Singapurs Frauen aus, führe aber auch zu einer extremen Doppelbelastung. In der Perspektive der singapurischen Regierung sei Verhalten jedweder Art ökonomisch motiviert. In der Diskussion wurde diese Beobachtung genutzt, um daran zu erinnern, dass Singapur eines der ganz wenigen Länder ist, die einen "sanften Autoritarismus" erfolgreich mit einer der freiesten und erfolgreichsten Volkswirtschaften verbindet. In diesem Zusammenhang war es für den Berichtstatter bemerkenswert, dass nicht etwa die Überlebensfähigkeit des autoritären Regimes bezweifelt wurde, sondern die Freiheitlichkeit der singapurischen Marktwirtschaft - es wurde u.a. auf die vielen *government-linked companies* (GLCs) verwiesen.

Der zweite Tag der Veranstaltung begann mit einem provokanten und hervorragenden Vortrag von Prof. Ariffin Omar (Universiti Sains Malaysia, Penang). Es war bemerkenswert, aus dem Munde eines ethnischen Malaien zu hören, dass der Begriff des Malaiischen wenig Sinn mache. Das Konzept wurde in einer begriffsgeschichtlichen *tour de force* solange dekonstruiert, bis nichts davon übrig blieb. Die Definition eines Malaien, dass er ein Muslim sei, der malaiische Bräuche (*adat*) befolge, sei vage und problematisch. Der Wissenschaftler Ariffin verwandelte sich in einen engagierten Politiker, als er ein "malaysisches Malaysia" forderte, das allen Ethnien Gleichberechtigung zukommen ließe und der "affirmative action" (Bumiputra-Politik) gegenüber den Malaien ein Ende bereiten würde. Der bekannte malaysische Ökonom Rajah Rasiah (Universiti Malaysia Sarawak) hielt daraufhin einen typisch kenntnisreichen Vortrag über ethnische Politik und wirtschaftlichen Fortschritt in Malaysia und attackierte auf ungewohnt offene Weise die Korruption und Vetternwirtschaft der malaysischen Regierung

In der abschließenden, vom streitbaren und in der Region bekannten Soziologieprofessor Chua Beng Huat (NUS) geleiteten Diskussion wurde erwogen, ob und inwieweit die eingangs von Tilman Schiel in die Diskussion gebrachten Begriffe sinnvoll auf Südostasien angewandt werden können. Es bestand Konsensus, dass der Prozess des "disembedding" von Wirtschaft und Politik für jede marktorientierte Moderni-

sierung typisch sei. "Eingebettetsein" dieser beiden Sphären ist nicht auf Südostasien beschränkt, sondern findet sich in allen Nationen, in denen die Modernisierung von Wirtschaft und Politik asynchron verläuft oder Experimente mit nicht-marktwirtschaftlichen und staatlich dominierten Modernisierungsvarianten durchgeführt werden. Doch wurde festgehalten, dass Demokratisierungsprozesse der marktwirtschaftlichen Liberalisierung in Südostasien häufig hinterherhinken. Dieser Tatbestand trifft im maritimen Südostasien immer noch besonders stark auf Malaysia und Singapur zu, von den un- bzw. pseudo-demokratischen Regierungsformen in Vietnam, Laos, Kambodscha und Birma im südostasiatischen Festland ganz zu schweigen. Doch selbst die vergleichsweise demokratischen Staatsformen in Thailand und auf den Philippinen sind noch sehr stark von Nepotismus, Korruption und Kollusion geprägt, ein Umstand, der auf ein zu starkes "Eingebettetsein" von Big Business und Regierung zurückführbar ist. Während Elemente des "Gärtner-Staates" als universell anerkannt wurden, wurde wiederum Tilman Schiel Recht gegeben, dass dieses Staatsmodell in Südostasien besonders ausgeprägt ist. Segmentäre Charakteristika sind besonders in Indonesien und möglicherweise auch in Birma ausgeprägt.

Chua Beng-Huat hob hervor, dass in Singapur und Malaysia klare ethnische Trennlinien bestehen, während in Indonesien der Suharto-Ära ethnische Fluidität bestand. Die ethno-religiöse Gewalt könne aber, wie bereits angedeutet, nicht (nur) auf vormals unterdrückte Spannungen zurückgeführt werden. Singapur sei der "most disembedded" Staat, und die Abwesenheit einer "Nation" währe trotz wirtschaftlicher Entwicklung fort. In Indonesien sei es nun die Gretchenfrage, ob es zu einem wahrhaftigen Föderalismus kommen könne oder ob dieser ein Lippenbekenntnis bleibe.

Wie bei jedem gelungenen Workshop blieben am Ende mehr Fragen als Antworten. Daher wäre es sicherlich sehr wünschenswert, wenn der in Singapur begonnene sehr spannende und für südostasiatische Verhältnisse ungewöhnlich direkte und unzereemonielle intellektuelle Schlagabtausch in Form von weiteren Veranstaltungen, Forschungen und auch als Sammelband fortgeführt werden kann.

Jürgen Rudolph

Asian Islam in the 21st century

Bangkok, 23.-24. Februar 2000

Der seit mehreren Jahren geplante Workshop ging auf die Initiative des Centers for Muslim-Christian Understanding der Georgetown University zurück. Als Veranstaltungsort war zunächst Malaysia vorgesehen. Nachdem jedoch Anwar Ibrahim als malaysischer Vizepremierminister und Finanzminister entlassen und inhaftiert worden war, nahmen die Organisatoren von ihrer ursprünglichen Planung Abstand. Der Workshop konnte schließlich dank der finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des thailändischen Außenministeriums an der Thammasat Universität in Bangkok stattfinden.

Den Teilnehmerkreis bildeten europäische, amerikanische und vor allem asiatische Wissenschaftler, wobei die arabische Welt, der Iran und die Türkei von den Organisatoren nicht mit einbezogen worden waren. Lediglich unter den anwesenden Dip-